

**Rede
von**

Dirk Adomat, MdL

zu TOP Nr. 17

Abschließende Beratung

**Landwirtschaft und ländliche Räume in
Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen
Agrarpolitik nach 2020**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs. 18/1404

während der Plenarsitzung vom 27.02.109
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

die Bäuerinnen und Bauern sollen die Versorgung mit Nahrung sicherstellen. Doch die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln ist nicht ihre einzige Aufgabe.

Es geht um Arbeitsplätze auf dem Land.

Es geht um die Bewahrung einer vielfältigen und artenreichen Landschaft, und sie sollen den Boden, den sie bewirtschaften, auch der nachfolgenden Generation fruchtbar übergeben.

Wir erwarten von der Landwirtschaft, dass sie dabei verantwortungsvoll mit den Tieren und Pflanzen umgeht, dabei das Trinkwasser sauber hält und selbstverständlich aktiv das Dorfleben mitgestaltet. Das ist die überwiegende gesellschaftliche Erwartung an die Landwirtschaft.

Über die europäische Agrarförderung erhalten wir Geldmittel, um genau diese Anforderungen auch mit Finanzmitteln zu steuern.

Wir unterhalten uns bei diesem Tagesordnungspunkt über die Verteilung von mehr als 1,1 Milliarden Euro, die in Niedersachsen jährlich an die Landwirtschaft und die ländlichen Räume verteilt werden. Durchschnittlich 900 Millionen Euro fließen aus der 1. Säule jährlich direkt an die landwirtschaftlichen Betriebe. Und hier ist die Fläche der Verteilungsmaßstab. Wer viel Fläche hat, bekommt viel. EU-weit erhalten nach diesem Schlüssel 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Mittel.

Von den knapp 6,5 Milliarden Euro gehen in dieser Förderperiode in Niedersachsen fast 5 Milliarden an den meisten landwirtschaftlichen Betrieben vorbei, wenn dieser Schlüssel übertragen wird. Im Wesentlichen erhalten die Großbetriebe damit eine staatliche Verzinsung ihres Eigentums.

Diese Verteilung ist ungerecht, und sie berücksichtigt nicht die Leistung, die insbesondere von den familiengeführten landwirtschaftlichen Betrieben erbracht wird bzw. erbracht werden soll.

Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 sieht eine überproportionale Kürzung von über 28 Prozent zu Lasten der 2. Säule vor. Das sind die Mittel, die entscheidend für die Förderung der ländlichen Räume sind. Der Breitbandausbau, die Dorfentwicklungen, der Wegebau, aber auch die Förderung des ökologischen Landbaus sind auf die Kofinanzierung durch die 2. Säule angewiesen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich im Rahmen einer Anhörung mit einer Vielzahl von Verbänden mit der Frage der Umschichtung von EU-Fördermitteln von der 1. in die 2. Säule auseinandergesetzt. Die mögliche Umschichtung von 15 Prozent von der 1. in die 2. Säule, um Maßnahmen für den ländlichen Raum und Tierwohl umzusetzen, wurde weitestgehend positiv befürwortet. Es wurde auch angeraten, weitere 15 Prozent für spezifische umwelt- und klimabezogene Maßnahmen umzuschichten. Damit könnte Geld noch zielgerichteter den landwirtschaftlichen Betrieben zufließen für Maßnahmen, die nicht am Markt honoriert werden und für die keine Einnahmen direkt erzielt werden können.

Anrede,

die SPD möchte eine Brücke zu einer fairen und verlässlichen Agrarförderung bauen. Die historisch gewachsene Agrarförderung wird so nicht mehr anerkannt und schadet letztlich dem Berufsstand.

Bestes Beispiel hierfür ist das bayrische Volksbegehren. 1,8 Millionen bayrische Wählerinnen und Wähler haben Herrn Söder eine Lektion in Sachen Naturschutz gelehrt. Sie fordern, dass 10 Prozent der Agrarfläche in Blühflächen für den Artenschutz umgewandelt werden. Ziele, die mehr Natur-, Klima- und Artenschutz zum Inhalt haben, sind aber nur erreichbar, wenn es gelingt, diese in die Agrarförderung stärker einzubauen.

Das zugegebenermaßen höchst ambitionierte Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion fordert u. a. von der zukünftigen GAP öffentliches Geld für öffentliche Gemeinwohlleistungen, eine gerechte Aufteilung der Finanzmittel, dass Landwirtinnen und Landwirte von Ihrer Arbeit gut leben können und eine Landwirtschaft, die die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft erhält.

Junge Landwirtinnen und Landwirte, die gerade vor der Frage stehen, ob sie den Familienbetrieb übernehmen sollen, treibt eine Frage: Welche Perspektive hat mein Betrieb in der Zukunft? Sie erwarten zu Recht von uns eine Antwort.

Der im Rahmen der Koalition erarbeitete, zur Abstimmung stehende Antrag, ist ein wichtiger Schritt, um diesen Betrieben mehr Sicherheit zu geben und um unsere ländlichen Räume zu stärken.